

hat zukunft eine bildung?



... wir halten ausschau



inhalte

stud.live

schwerpunkt

rauhe sitten

editorial

Liebe Leserinnen und Leser.

Die Wahlen sind vorbei, die Wahlergebnisse findet ihr im beiliegenden Extrablatt. Die Vorbereitungen zu dieser Wahl bestanden für den u-asta und seine men- und womenpower v.a. aus Arbeit. Diese haben sich auch die verschiedenen AKs gemacht, die im Umfeld des Streiks entstanden sind. Und damit die Ergebnisse ihrer Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich sind, liegt der Schwerpunkt dieser Ausgabe eben dort. Im Zentrum steht natürlich das Landeshochschulgesetz, das neueste Produkt unseres übereifrigen Ministers Frankenberg: Die Hochschulen sollen weiter entdemokratisiert werden. Drei Artikel (S.3,4-5,10) beschäftigen sich mit diesem Thema. Unser Vertreter im Ausschuss Studienreform des fzs, Denis Petri, erklärt und kritisiert die Studienstrukturreform (S.6-7). Der AK Sozialabbau stellt seine Überlegungen zu den Kürzungen im Sozialbereich vor (S.8). Was ist Bildung? Dieser Frage ist der AK Bildung nachgegangen (S.9-10). Aus Platzgründen wird der AK Studiengebühren seine Arbeit auf einem Extra-flyer darlegen.

Im letzten Heft mokierte ich mich an dieser Stelle über ein Urteil des Bundesfinanzhofs, und schrieb, dass dann ja eigentlich gegen Studiengebühren nichts mehr einzuwenden sei. Das war ironisch gemeint, wurde von einigen Lesern aber ernstgenommen. Deshalb: Weder ich noch andere Redaktionsmitglieder waren oder sind für Studiengebühren.

Viel Spaß beim Lesen,

Euer Jonathan.

Das LHG kommt...(S.3):

Der AK Info hat es sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über das neue Landeshochschulgesetz und die Arbeit der verschiedenen AKs zu informieren.

Das Landeshochschulgesetz (S.4-5):

Der AK LHG hat sich intensiv mit dem Landeshochschulgesetz auseinandergesetzt und präsentiert die Ergebnisse seiner Arbeit.

Studienstrukturreform – Fakten und Kritik (S.6-7):

Denis Petri sitzt im Ausschuss Studienreform des Freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften (fzs) und ist deshalb immer auf dem Laufenden was neue Entwicklungen in der Hochschulpolitik angeht.

Gemeinsam sind sie stark: Bildungs- und Sozialabbau (S.8):

Der AK Sozialabbau wendet sich gegen den Abbau von Sozialleistungen und stellt dabei einige Rechnungen an.

Was ist Bildung? (S.9-10):

Wilhelm von Humboldt lieferte die Definition. Der AK Bildung überprüft sie auf seine Aktualität.

Die LHG-Initiative (S.10):

Zum Mitmachen: Die Initiative gegen das LHG.

[kultur]

Unser neuer Feuilletonenteil vom Kulturreferat rund um das Kulturgesehen an der Uni erscheint künftig in jedem u-astainfo. (S.11)

we are u

Service/Termine auf S.12.

Ich weiß nicht, ob Ihr's gemerkt habt. Aber vorgestern war mal wieder Uni-Wahl – hoffentlich haben die richtigen gewonnen. Und wahrscheinlich waren wieder so zwischen 12 und 15 Prozent da. Aber wahrscheinlich hat jeder die vielen bunten Plakate der verschiedenen Listen gesehen. Wie üblich hat die interfraktionelle Arbeitsgruppe „Unsere Uni soll bunter werden“ mit voller Wucht zugeschlagen um das gewöhnliche Grau und Sandsteinrot der Wände möglichst flächendeckend zu verdrängen.

Von vorderster Front kann ich guten Gewissens von mir behaupten, dass man doch merkt, warum die ganze Sache *Wahlkampf* heißt. Hart war es ja such schon die letzten beiden Jahre.

Man erinnere sich nur an den niedlichen buf-Dino der Jusos oder das große vierfarbig hochglänzende Kreuz auf den RCDS-Plakaten. Aber das war ja alles in Ordnung. Da wurde noch „mit Inhalten“ gekämpft vielleicht auch mit Halbwahrheiten. Tja ja, die gute alte Zeit. Aber dieses Jahr ging's an die Substanz. Schon im Vorfeld. Da gingen E-Mails über Verteiler, die von Maulwürfen und Wahlkampfaktiken anderer Listen berichteten. Andere fingen schon zwei Wochen vorher an – auf Eintrittskarten.

Aber eigentlich ist das alles gar nicht so schlimm. Die Frage nach dem Stil jedoch ... spätestens in der so genannten „heißen Phase“ ließ sie sich eindeutig beantworten. Der Stil ist flöten. So, das musste jetzt einfach mal gesagt werden. Man hat sich ja schon immer gefreut, wenn man wo was hinkleben konnte, wo eben noch der RCDS oder so was in der Richtung hing. Und andersrum natürlich genau so. Aber dieses mal haben Wahlkämpfer selber für die freien Plätze gesorgt oder noch dreister, einfach drübergeklebt. Oder wieder Andere haben die Plakate der „Gegner“ ergänzt und mit kleinen Gimmicks versorgt. So was macht man doch nicht. Das kostet nur unnötige Energie und so viel kann der AstA jetzt auch nicht machen. Allerdings – zugegeben, der Spaßfaktor ist so um einiges höher.

MICHAEL EGGERT

das lhg kommt ...

... und niemand scheint wirklich informiert zu sein. Ein Grund für einige Studierende, sich dem Arbeitskreis anzuschließen, dessen vorrangige Aufgabe darin besteht, die Informationen der anderen Arbeitskreise den Uni-Mitgliedern, insbesondere den Studierenden, zu vermitteln. Denn das Informationsdefizit war während des Streiks doch offensichtlich und sogar noch größer, als wir zu Beginn unserer Arbeit annahmen. Viele hatten zwar schon mal was vom Landeshochschulgesetz (LHG) gehört und fast alle wussten über die geplante Einführung von Studiengebühren Bescheid, doch die genauen Pläne der Landesregierung und deren universitäre Tragweite waren fast allen unbekannt.

Von den unterschiedlichsten Reaktionen während unserer "Öffentlichkeitsarbeit" waren aber erstaunlich viele von Interesse, Wissbegierde und Empörung über die Probleme und Ungereimtheiten, die das Landeshochschulgesetz mit sich bringt, geprägt. Die weit verbreitete Meinung unter Studierenden, von den Veränderungen nicht mehr betroffen zu sein, haben wir versucht zu widerlegen.

Ansonsten war und ist es unser vorrangiges Ziel, zu informieren und eine Wissensbasis herzustellen, auf der sich der oder die einzelne/r eine eigene Meinung und Urteil über das LHG bilden kann. Ob man für oder gegen die Uni als Unternehmen, für oder gegen Studiengebühren oder für oder gegen den Wettbewerb im Hochschulsystem ist, ist für uns zweitrangig. Allein die inhaltliche Kenntnisnahme dessen, was wir versuchen, zu übermitteln, ist erst einmal ausreichend, um das LHG zum Diskussionsgegenstand erheben zu können.

Nach den ersten Treffen hat sich unser zu Beginn sehr personalkräftiger Arbeitskreis in den Semesterferien etwas verflüchtigt. Jedoch haben wir die übriggebliebenen Kräfte gebündelt und waren in der Lage, auf dem 2. Schülertag Freiburg unsere erste Info-Aktion durchzuführen. Da nicht nur die Studierenden von den Veränderungen betroffen sein werden, ist die Einbeziehung

der Schüler ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Personell unterbesetzt, etwas unorganisiert und chaotisch, aber immer das Ziel vor Augen, haben wir uns dann konkrete Aufgaben gestellt, die wir zu erfüllen haben. Folgende Aktivitäten laufen schon oder kommen noch:

Die "LHG-Initiative", die von Dozenten und Studierenden der Uni Freiburg zu den Entwürfen des Landeshochschulgesetzes gegründet worden ist (siehe auch Seite 10), stellt konkrete Forderungen an die Landesregierung und wird diese in Form einer langen Unterschriftenliste an die Verantwortlichen in der Regierung übergeben. Das Sammeln von diesen Unterschriften ist eine unserer Hauptbemühungen.

Die LHG-Info-Broschüre vereint die Ergebnisse einiger Arbeitskreise mit den Forderungen der LHG-Initiative und ist seit kurzem auch endlich in großer Stückzahl vorhanden. Sie ist zum Hauptträger unserer Informationen geworden.

Mit dem Arbeitskreis LHG haben wir begonnen, Info-Stände an den Mensen zu machen. Dort verteilten wir die LHG-Broschüren und sammelten Unterschriften. Info-Stände und Info-Aktionen werden auch weiterhin stattfinden, so z.B. auf dem Uni-Innenhof, im KG II, im KG IV, an der Dreisam und an anderen Orten.

Wir haben andere Hochschulen in Baden-Württemberg kontaktiert. Die Rückmeldung von den wichtigsten Universitäten und Hochschulen hakt noch etwas, doch der landesweite, dezentrale Demo- und Aktionstag am 19. Juni wird von mehreren Hochschulen unterstützt. So haben Stuttgart und Tübingen bereits jeweils einen Demo-Aufruf verfasst, die beide von Freiburg unterstützt werden. Auch die Pädagogische Hochschule in Freiburg wird eingebunden; deren Studierendenvertretung beginnt mit der Information ihrer Studierenden und sammelt auch Unterschriften.

Die großen und wichtigsten Gymnasien Freiburgs und Umgebung werden wir

nach den Pfingstferien besuchen, um dort die zukünftige Hochschulgeneration, die noch vielmehr als wir Studierende die Veränderungen zu spüren bekommt, zu informieren. Diese halbstündigen Vorträge werden mit der Vorführung unseres Films, einer PowerPoint-Präsentation und einer anschließenden Frage- und Diskussionsrunde gefüllt.

Mit den Fachschaften zusammen wollen wir noch mehr Studierende und die Dozenten erreichen und auch den Demo- und Aktionstag planen, vorbereiten und durchführen.

Außerdem werden wir uns bemühen, die gesamte Thematik auch aus der Universität heraus zu tragen und die gesellschaftliche Öffentlichkeit anzusprechen.

Unsere Arbeit wird ihren Höhepunkt in der Vorbereitung des Aktionstages finden, der am 19. Juni 2004 stattfindet. An diesem Tag ist es an der Zeit, dass Freiburgs Studierende und alle anderen Betroffenen den Verantwortlichen für das LHG ein klares Zeichen setzen; denn:

Das Gesetz in der jetzigen Form ist inakzeptabel. Und zudem dürften wir offiziell unsere Kritik und Meinung darüber gar nicht äußern, denn: Verfasste Studierendenschaften sind weiterhin verboten. Um genau dies kundzutun, wollen wir den Abschied der "Bildung" gebührend "feiern".

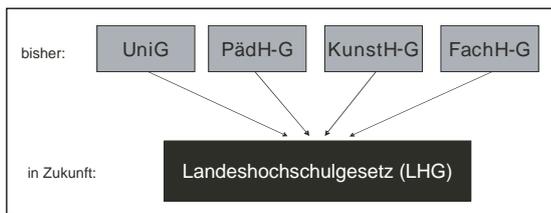
Die Vorbereitungen für diesen Tag wollen wir in die Hand nehmen und mögliche Aktionen koordinieren. Wir laden alle dazu ein, sich zu beteiligen. Meldet Euch bei uns oder bei Euren Fachschaften.

SÖREN, CLAIRE, MONE; AK-INFO@U-ASTA.DE

[Der AK Info trifft sich jede Woche Freitags um 19 Uhr auf dem ASTA und freut sich über jedeN neueN MitarbeiterIn.]

das landeshochschulgesetz

- Initiative der Landesregierung (Minister Frankenberg, CDU)
- Anhörungsphase im Landtag bis Ende Mai 2004, Inkrafttreten geplant für Januar 2005
- betrifft alle Hochschulen Baden-Württembergs (ersetzt jeweilige alte Einzelgesetze, siehe Abbildung)



und Wettbewerbsorientierte Hochschulen schaffen, die ihre Qualität der Lehre und Forschung dadurch verbessern sollen, dass sie unternehmerische Strukturen bekommen und zueinander in Konkurrenz stehen. Mit der Einführung von so genannten Bachelor- und Masterstudiengängen (BA/MA) will das Ministerium darüber hinaus eine bessere internationale Vergleichbarkeit von Studiengängen erreichen und die Hochschulen nebenbei durch die verkürzten Studienzeiten entlasten.

Deswegen sind im Landeshochschulgesetz gravierende Veränderungen in den Entscheidungsstrukturen der Universität, im Aufbau des Studiums und in der Finanzierung der Universität vorgesehen.

warum ein neues gesetz?

„Die Hochschulen und Berufsakademien des Landes sollen, um im globalen Bildungswettbewerb bestehen zu können, weiter reformiert werden.“ schreibt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in einer Pressemitteilung¹. *„Mehr Qualität durch mehr Wettbewerb ist die Zielvorgabe dieser Reform [...] Die Hochschulen des Landes erhalten durch das [...] neue Gesetz moderne, an Vorbildern aus der Wirtschaft orientierte Leitungsstrukturen, mehr Organisationsfreiheit und mehr Spielraum für autonome Entscheidungen in den Bereichen Forschung und Lehre“* verspricht Minister Frankenberg darin weiter.

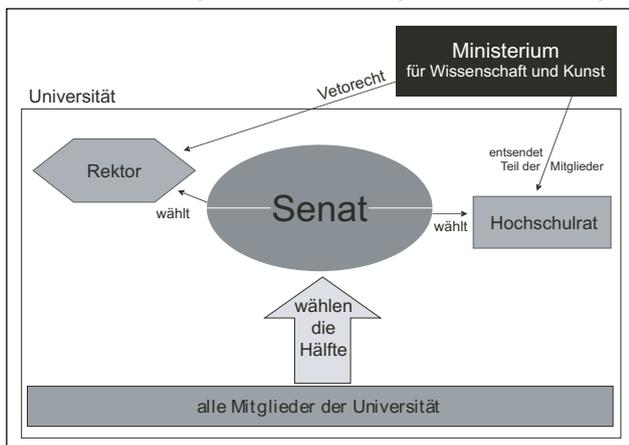
Deshalb will das Ministerium mit dem Landeshochschulgesetz nun Leistungs-

1. neue entscheidungsstrukturen

Das grundsätzliche Ziel der Landesregierung, Hochschulen als Unternehmen auszurichten, soll durch Umstrukturierung der Entscheidungskompetenzen erreicht werden:

wer bestimmt wen? wer entscheidet worüber?

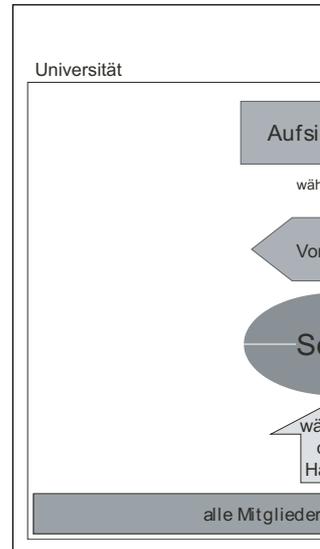
Bisher trifft der Senat zusammen mit dem Vorstand alle wichtigen Entscheidungen, wie Rektorwahl, Studieninhalte und Finanzplanung. Der Senat wird zur Hälfte von allen Mitgliedern der Universität demokratisch gewählt und u. a. mit vier Studierenden besetzt.



1 PM des MWK Nr. 35/2004 vom 23.03.2004, <http://www.mwk-bw.de/>

alle wichtigen Entscheidungskompetenz übernehmen. Dieser soll mehrheitlich

aus externen Mitgliedern bestehen, was bedeutet, dass wesentlichen Entscheidungen von Personen getroffen werden, die nicht mit dem Hochschulbetrieb vertraut sind. Sie sollen sich viermal im Jahr treffen, wobei das Ministerium in "beratender" Funktion teilnimmt. Lediglich ein Drittel des Aufsichtsrats soll von der Hochschule selbst gewählt werden können. Der demokratisch gewählte Senat darf dann auch zu grundlegenden Angelegenheiten der Hochschule, wie Entwicklungs- und Wirtschaftsplänen oder Hochschulverträgen und Zielvereinbarungen nur noch Stellung nehmen.



An einem derartigen Umbau der Entscheidungsstrukturen lässt sich in erster Linie kritisieren, dass neben der Mitsprache von Studierenden auch allgemein die demokratische Selbstbestimmung der Universität massiv beschnitten wird. Das sehen auch die meisten Hochschulen in Baden-Württemberg so:

Aus der Stellungnahme des Senats der Universität Konstanz zum LHG:² [...] Die Übertragung echter Leitungsfunktionen auf ehrenamtlich tätige Externe in einem sporadisch zusammen tretenden Gremium ist in hohem Maße verfassungsrechtlich bedenklich. [...]

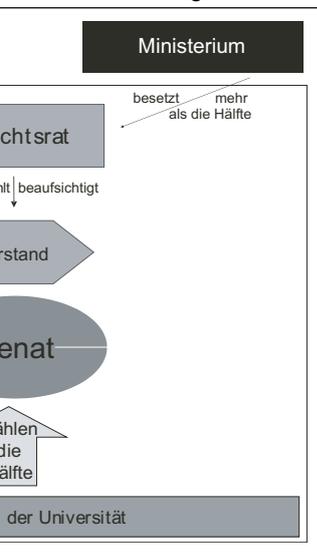
oder etwas konkreter:

Aus der Stellungnahme der Universität Heidelberg zum LHG:³

2 Stellungnahme des Senats der Universität Konstanz zum Anhörungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 23. März 2004

3 Entwurf einer Stellungnahme der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg zur Fassung des Landeshochschulgesetzes vom 23. 3. 2004

[...] Die dem neuen Entwurf zugrunde liegende Auffassung, dass Entscheidungen allein dadurch qualitativ gewinnen und strategisch richtungweisender werden, dass sie auf kleinere Gremien verlagert und beschleunigt werden, vermag der Senat nicht zu teilen. Im Gegenteil bedürfen gerade Beschlüsse, welche große Teilbereiche oder die Hochschule als ganzes betreffen, der Legitimation durch diese, i.e. durch das sie breit repräsentierende Gremium: dies nicht zuletzt, um der mit der Umsetzung betrauten Exekutive den nötigen Rückhalt zu verleihen. [...]



soll, zeigt dies sehr deutlich:

Definition des Studiums heute (Universitätsgesetz):

Lehre und Studium sollen den Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden [...] so vermitteln, dass er zu wissenschaftlicher Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird.

... und morgen (Landeshochschulgesetz):

Das Studium soll auf eine berufliche Tätigkeit vorbereiten;

Generell ist es sehr fraglich, ob die Orientierung "an Vorbildern aus der Wirtschaft" Hochschulen tatsächlich in die Lage versetzen ihre Qualität zu steigern bzw. ihren gesellschaftlichen Auftrag besser zu erfüllen:

Aus der Stellungnahme des Senats der Universität Konstanz zum LHG:

[...] Die bruchstückhafte Übernahme von Strukturelementen aus dem US-amerikanischen Hochschulsystem oder der Privatwirtschaft auf die staatlich finanzierten und reglementierten deutschen Hochschulen, die sich deshalb einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen müssen, ist der untaugliche Versuch, Unvereinbares zu kombinieren.

Universitäten sind kein an Gewinnerzielung orientiertes Unternehmen, sondern eine Forschung und Lehre verpflichtete, fachlich höchst heterogene Institution. [...]

Und noch mal in aller Deutlichkeit:

Aus der Stellungnahme der Universität Tübingen zum LHG:⁵

[...], doch sind Universitäten keine auf Gewinnerzielung ausgelegten Institutionen. Ihre Aufgabenstellungen und Leistungsbedingungen unterscheiden sich grundlegend von den Verhältnissen in der privaten Wirtschaft. [...]

... noch kurz angemerkt: mehr Wettbewerb = Fortschritt?

Eine Verschärfung des Wettbewerbs-

prinzips mag einem vielleicht erst einmal angenehm auf der Zunge zergehen. Man muss sich aber trotz der positiven Assoziation zu einem "effektiven" Wirtschaftsbetrieb bewusst machen, was eine rein auf Berufsvorbereitung ausgerichtete Universität unter der objektiven Lupe bedeutet:

Die Hochschulen werden ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen können, es wird über den beschriebenen Weg keine internationale Konkurrenzfähigkeit erreicht werden, die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen, die uns alle zu wissenschaftlichem, flexiblem Arbeiten und kritischem Denken befähigen werden komplett ins Abseits geraten. Die Vermittlung von verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat bleibt auf der Strecke.

Dazu etwas Nachhilfe für Herrn Frankenberg von Bundespräsident Johannes Rau⁶:

[...] Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit. Dazu legt er auch Regeln und Pflichten zu Gunsten der Gemeinschaft fest. Damit schafft der Staat Freiräume gegen puren Ökonomismus und gegen das alles beherrschende Dogma von Effizienz und Gewinnmaximierung. [...]

Unterschriftenlisten gegen die Einführung des LHGs in der jetzigen Form und mehr Hintergründe findet ihr auch auf dieser Seite:

www.lhg-initiative.de

KATRIN DIETRICH, BENJAMIN GRESCHABCH,
HERMANN KLEY UND LINDA RAVE
FÜR DEN AK-LHG

[Der AK-LHG hat sich so intensiv mit der Materie Hochschulpolitik auseinandergesetzt, dass zwei seiner Mitglieder dieses Jahr sogar auf die Liste für den AStA kandidiert haben.]

strukturen, wettbewerb

Ein Ziel des Gesetzes ist es, durch gezielte Mittelvergabe nach Leistungskriterien den Wettbewerb zwischen den Hochschulen noch stärker als bisher zu forcieren. Dass dieser Weg zum gewünschten Erfolg führt lässt sich jedoch bezweifeln:

Aus der Stellungnahme des Senats der Universität Konstanz zum LHG:⁴

[...] Wie die bisher bei der leistungsorientierten Mittelverteilung gemachten Erfahrungen zeigen, gelingt es kaum, die sehr heterogen ausgerichteten 9 Landesuniversitäten hinsichtlich ihrer Leistungen und Belastungen anhand einheitlicher Kriterien zu vergleichen und so zu Ergebnissen zu kommen, die von allen Seiten vorbehaltlos akzeptiert werden. [...]

In der Tat spielen bei einem solchen Konzept die Bewertungskriterien eine erhebliche Rolle. Dass diese nur vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bestimmt und nicht zwischen den Mitgliedern der Hochschulen ausgehandelt werden sollen, ist mehr als bedenklich. Ein Blick auf die neuen Ansichten des Ministeriums darüber, welche Bedeutung das Studium zukünftig haben

⁴ Stellungnahme des Senats der Universität Konstanz zum Anhörungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 23. März 2004

⁵ Stellungnahme der Universität Tübingen zum Anhörungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 23. März 2004

⁶ Berliner Rede von Bundespräsident Rau am 12. Mai 2004

studien(struktur)reform – fak

Das Thema Bildung war zu Beginn des Jahres in der öffentlichen Debatte ein großes. Vor allem mit der Idee, Eliteuniversitäten zu schaffen, kam die Bundesregierung ganz groß raus; das Jahr der Innovationen wurde ausgerufen. Nun ist das Jahr etwas weiter fortgeschritten, das Eliteuni-Konzept ist – glücklicherweise – weitgehend gescheitert und über Bildung redet niemand mehr. Dies ist etwas verwunderlich, denn gerade im Zuge des Europawahlkampfes könnte mensch mit der positiven Akzentuierung des Bologna-Prozesses versuchen, Punkte zu machen. Der Hauptgrund ist wohl, dass die aktuellen Veränderungen im Bildungsbereich, ob mensch sie nun gut findet oder nicht, noch einige Zeit brauchen werden, um Ergebnisse zu erbringen. Bildung und Bildungsreform ist eben kein Thema, mit dem sich kurzfristig Erfolge feiern lassen und – wie die Elite-Debatte gezeigt hat – auch kein Thema, mit dem mensch populistisch punkten könnte.

Trotz des oben Gesagten tut sich zur Zeit eine ganze Menge im tertiären Ausbildungssektor. Schlagworte, die mensch in diesem Zusammenhang öfter hört, sind Bachelor (von lat. Bakkalaureus = Junggeselle) und Master, Bologna-Prozess und vielleicht noch Modularisierung, ECTS und Qualitätssicherung. Das hört sich eigentlich nicht sonderlich kompliziert an, aber es wird in der Bundesrepublik so kompliziert gemacht, dass kaum jemand durchsteigt und die Bildungspolitikern in den Nachbarstaaten über die Deutschen lächeln.

Ich werde im Folgenden versuchen, die o.g. Begriffe kurz zu erläutern und einige Kritikpunkte und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Der **Bologna-Prozess** ist eine Absichtserklärung der Regierungen von ungefähr vierzig ost-, mittel- und westeuropäischen Staaten, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. In diesem soll durch vergleichbare (nicht gleiche) Strukturen eine erhöhte Mobilität von Lehrenden und Lernenden ermöglicht werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass erkannt wurde, dass

Wissen und dessen Austausch eine zentrale Voraussetzung für die zukünftige Prosperität Europas sein wird. Um dieses Ziel zu erreichen wurden Maßnahmen beschlossen, die jetzt in den einzelnen Staaten umgesetzt werden. Unter diesen Maßnahmen finden sich neben der Einführung eines gestuften Studiensystems die Etablierung eines Kreditpunktesystems (ECTS und Modularisierung) zur Anerkennung von Studienleistungen und ein europaweit vergleichbares System zur Qualitätssicherung. Weitere Forderungen des Bologna-Prozesses, die in der BRD jedoch nicht weiter beachtet werden, sind die Einführung eines Diploma Supplement (ein Dokument, das die absolvierten Kurse mit ihren Inhalten und Kreditpunkten auflistet), Lebenslanges Lernen, Einbeziehung der Studierenden in den Prozess auf allen Ebenen und einige mehr. Die Umsetzung dieser teils begrüßenswerten Ziele ist jedoch zum Teil kritikwürdig.

Aber auch grundsätzliche Kritik ist angebracht. Da ist zum einen die Tatsache, dass die Vereinbarungen der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind. Da es sich nicht um völkerrechtlich bindende Verträge handelt, müssen die nationalen Parlamente diese nicht ratifizieren. Zum anderen ist da das Sachzwang-Argument. Oft hört mensch, auch von führenden Bildungspolitikern, Europa zwänge uns zu diesen Maßnahmen. Das ist falsch, denn deutsche Bildungspolitikern waren maßgeblich an der Konstruktion des Prozesses beteiligt.

Nur zwei kleine Beispiele ohne tiefergehende Erläuterung (s. Literaturhinweise weiter unten):

Der Bologna-Prozess geht zurück auf die Sorbonne-Erklärung der Bildungsministerinnen von Großbritannien, Italien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. In dieser wird bereits das gestufte Studiensystem genannt. Drei dieser vier Staaten hatten zu diesem Zeitpunkt ein einstufiges System. Es wurde ein europäischer Vorwand geschaffen, um etwas durchzusetzen, das

„zu Hause“ nicht durchsetzbar gewesen wäre.

Seit 1997 gibt es den Vertrag von Lissabon, der die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungszeiten (nicht nur in der Hochschule) in den unterzeichnenden Staaten regelt. Die BRD hat diesen Vertrag bislang nicht ratifiziert.

Die gestuften Abschlüsse **Bachelor und Master** (BuM) wurden in der BRD erstmals im Oktober letzten Jahres durch die Kultusministerinnenkonferenz näher geregelt. Danach soll ein Bachelorstudiengang drei bis vier Jahre dauern und ein Masterstudiengang ein bis zwei Jahre. Beide Studiengänge müssen mit einer Abschlussarbeit abgeschlossen werden. Wenn eine Kombination von beiden Studiengängen an einer oder mehreren Hochschulen direkt aufeinanderfolgend und aufeinander aufbauend studiert werden kann (konsekutiv) soll die Gesamtdauer fünf Jahre nicht überschreiten. Im Allgemeinen (auch in Freiburg) werden 3+2 Modelle bevorzugt. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig der Fall sein. Da der Bachelor-Abschluss per gesetzlicher Definition berufsqualifizierend ist, wird er als Regelabschluss für die meisten Studierenden zu einer ersten Berufseinkommung führen. Der Zugang zu Masterstudiengängen soll von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Dies ist die faktische Einführung einer Selektionsstufe nach dem Motto „Bachelor für viele – Master für wenige“.

Das **ECTS** (European Creditpoint Transfer System) und die **Module** gehören ei-

europas achse der bildung
bologna und seine nachbarn

noten und kritik

gentlich zusammen. Das ECTS-System war ursprünglich eine Idee, die im Rahmen von ERASMUS/SOKRATES (EU-Programme zum Studierendenaustausch) entwickelt wurde, um die Anerkennung von Studienleistungen, die im Ausland erbracht wurden, zu vereinfachen. Die Definition von „Modul“ war lange Zeit umstritten. Inzwischen hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass es sich bei einem Modul um einen thematisch abgeschlossenen Block verschiedener Lehrveranstaltungen handeln soll. Ein Modul soll sich über ein oder zwei Semester erstrecken, um möglichst verschiedene Veranstaltungsformen zu beinhalten, sowie zwischen fünf und zehn Kreditpunkte erfassen.

Das zentrale Element des ECTS ist die *workload*-Basisierung. Das heißt, dass nicht mehr Semesterwochenstunden (SWS) sondern die durchschnittliche Arbeitsbelastung der Studierenden der Maßstab für die Anzahl der Credit-points (CP) ist. In der Bundesrepublik sollen dreißig Stunden Arbeit einen CP ergeben. Als Arbeit gilt hierbei nicht die reine Präsenzzeit sondern auch Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, Anfertigen von Hausarbeiten und Prüfungsvorbereitung. Kreditpunkte werden nur für Studien- oder Prüfungsleistungen vergeben. Ferner soll ein Studienjahr sechzig CP umfassen, ergo 1800 Stunden Arbeit (45 Wochen à 40 Stunden). Die Bachelorarbeit soll einen Umfang von bis zu 15 CP, die Masterarbeit bis zu 30 CP haben. Somit bleibt für eine durchschnittliche Studierende eigentlich keine Zeit, sich intensiv mit weitergehenden oder fachübergreifenden Themen zu beschäftigen.

Gerade bei diesen beiden Aspekten werden immer noch die meisten Fehler gemacht. Häufig werden SWS einfach per konstantem Faktor in CP umgerechnet;

sinnvoll wäre eine genaue Arbeitszeitberechnung oder -abschätzung (bei neu konzipierten Veranstaltungen). Oft werden CP auch mit Noten gleichgesetzt, aber alle Studierenden bekommen für das Bestehen eines Moduls die gleiche Anzahl an Punkten. Was die Noten angeht, so wird ein System von *Rankingnoten* empfohlen. Das bedeutet, dass die Studierenden untereinander in heftige Konkurrenz gesetzt werden, da die Noten im Vergleich zu den Leistungen der Kommilitoninnen vergeben werden (A für die besten 10%, B für die nächsten 15%, usw.). Der Wissensaustausch unter den Studierenden wird so unterbunden, da mensch sich ja einen Vorteil verschaffen kann, wenn sie ihr Wissen nicht weitergibt. Ein gemeinsames Erkenntnisinteresse wird behindert.

Bei den Modulen, der CP-Vergabe und dem Notensystem bestehen jedoch für die Mitwirkenden vor Ort noch viele Möglichkeiten, eigene Akzente zu setzen. So gilt es beispielsweise darauf zu achten, dass die Module sinnvoll konzipiert werden oder nicht einfach SWS in CP umgerechnet werden. Auch bei den Prüfungsformen besteht viel Spielraum. Oft werden einfach eine Menge Klausuren geschrieben, jedoch können Studien- und Prüfungsleistungen auch anders erbracht werden (Kolloquien, Haus- und Projektarbeit, usw.), und mit etwas Phantasie lassen sich hier sinnvolle Sachen unterbringen.

Die **Qualitätssicherung** soll in der Bundesrepublik mit einem Akkreditierungssystem verwirklicht werden. Hierbei handelt es sich um ein System vermeintlich unabhängiger Agenturen, die über Begutachtungsverfahren Studiengangskonzepte prüfen und ein Qualitätssiegel verleihen. Diese Agenturen werden beaufsichtigt durch den Akkreditierungsrat.

Beim Akkreditierungssystem handelt es sich lediglich um eine nachträgliche Prüfung, die Qualitätsentwicklung muss vor Ort erfolgen. Hierbei ist zu beachten, dass es Qualität als abstrakten Begriff nicht gibt, sondern dass Qualität ein politischer Begriff ist, da verschiedene

Gruppen Ziele und Qualität eines Studienganges zwangsläufig unterschiedlich beurteilen.

Dies ist der eigentlich zentrale Punkt bei der anstehenden **Studienreform**. Strukturen werden politisch vorgegeben, ob sie sinnvoll sind oder aus anderen Motiven, deren verständlichstes noch das Vermuten von Studienzeitverkürzung und Einsparpotenzialen ist, sei dahingestellt. Wichtig ist, was wir daraus machen. Studentische Vertreterinnen in diesem Prozess, denn Studienreform ist ein Prozess, sollten sich nicht scheuen, eigene Qualitätsvorstellungen zu entwickeln und zu vertreten. Oft ist es auch Aufgabe der Studierendenvertretungen, dafür zu sorgen, dass wirklich neue Studiengänge entwickelt werden und nicht einfach altes in neues Gewand gekleidet wird. Mensch sollte nie vergessen, dass mit einem neu konzipierten Studiengang die Verantwortung für die Zukunft vieler Menschen übernommen wird.

DENIS PETRI

[Denis ist Mitglied der Fachschaft Chemie und des Ausschuss Studienreform des fzs. Er benutzt durchgängig die weibliche Form, da er nicht diskriminierend wirken möchte, das Bin-d-en-I jedoch konsequent ablehnt.]

weitere informationen

zum Thema gibt es unter anderem unter:

<http://www.bologna-bergen2003.no>

<http://www.kmk.org>

<http://www.fzs-online.org>

fragen

können gestellt werden an:

denis@4alls.de

gemeinsam sind sie stark: bildungs- und sozialabbau

die stellungnahme des ak sozialabbau

Die Angriffe auf den Bildungsbereich sind Teil eines Generalangriffes auf den Sozialstaat. Noch Ende der 60er Jahre wurden die Hochschulen und das Bildungssystem unter dem Druck der Studentenbewegung von 1968 massiv ausgebaut. Diese Sozialreformen waren ein großer Fortschritt und ermöglichten zunehmend auch Kindern aus Arbeiterfamilien und den unteren sozialen Schichten die Aufnahme eines Studiums.

Die Bewegung setzte durch, dass Bildung zum Bürgerrecht und die Hochschulen allen geöffnet wurden. Der Staat ließ neue Gebäude bauen, stellte mehr Professoren ein, schaffte Studiengebühren ab und führte das BAföG ein.

Mit den zunehmenden Krisen der Wirtschaft begann der Angriff auf die Errungenschaften der 68er. Während die Ausgaben für Hochschulen von 2,15 Milliarden Euro 1970 auf 1,95 Milliarden Euro 1994 sanken, verdoppelte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Studierenden.

Das größte Problem des Bildungswesens ist der ständige Geldmangel. Durch die Steuerreform 2000 wurden viele Städte und Gemeinden in kurzer Zeit in die Pleite getrieben. So musste Nordrhein-Westfalen 2001 mehr als 1,6 Milliarden Euro Körperschaftssteuer zurückerstatten. Diese Rückzahlungen überstiegen laut damaligen NRW-Finanzminister und jetzigem Ministerpräsidenten Steinbrück die Einnahmen und kamen vor allem der Deutschen Telekom, RWE, Bayer und Vodafone zugute.

Die Reaktionen der Politik auf den Geldmangel sind größere Schulklassen, die Reduzierung der Studentenzahl über Studiengebühren und die Einführung von Elite-Unis. Dies führt zu einer sozialen Auslese. Der Anteil der Studenten aus den elitären Familien stieg von 1982 bis 2000 von 17 auf 33 Prozent. Der Anteil der Studenten aus den sozial schlechter gestellten Familien hingegen sank in die-

ser Zeit von 23 auf 13 Prozent. Studiengebühren führen demnach dazu, dass sich diese Entwicklung weiter verschärft und nur noch Kinder reicher Eltern an die Unis gelangen.

Weiterhin sollen die Schulen und Hochschulen noch mehr als bisher zu einem reinen „Zulieferbetrieb“ für die Wirtschaft gemacht werden. Über wirtschaftsnahe Institutionen, so genannte *Think Tanks*, werden die Konzepte der Industrie in die Entscheidungsgremien für Bildungspolitik geschleust. Im Bericht eines *Think Tanks*, des European Roundtable of Industrials (ERT) heißt es, daß „*Kinder ab dem ersten Schuljahr mit dem Konkurrenzkampf konfrontiert und dadurch geschult werden, um den Wettbewerb um soziale Privilegien kennenzulernen. [...] Eine erfolgreiche Schule im Jahr 2000 muss von erfolgreichen Gewinnern geführt werden.*“

Nach dem Vorbild USA ist es das Ziel, die Schulen und Universitäten durch Wettbewerb um staatliche Förderung, Drittmittel aus der Industrie und zahlungskräftige Studenten in profitorientierte Unternehmen zu verwandeln. Deren Kunden aber sind in erster Linie Unternehmen, die billig Forschungsergebnisse und verwertbares „Human-kapital“ von den Unis erwerben. Die Verbraucherorganisation Consumer International hat bei einer Untersuchung von Unterrichtsmaterialien in den USA festgestellt: Über 80 Prozent enthalten voreingenommene oder unvollständige Informationen, werben für Produkte der finanzierenden Firma oder verherrlichen deren Tätigkeit.

Verlierer bei diesem Wettbewerb sind SchülerInnen und StudentInnen genauso wie Angestellte im Lehrbetrieb, deren Gehälter deutlich sinken werden. Wir sollen unsere Ausbildung zukünftig aus eigener Tasche finanzieren. Zudem hat studentische Interessensvertretung in privaten Bildungsunternehmen keinen Platz. Parallel zu diesen StudentInnen betreffenden Entwicklungen nimmt gerade Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle bei der Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ein, was faktisch einer Gehaltskürzung gleichkommt und neue Stellen überflüssig machen. Dagegen demonstrierten z.B. am 7. Mai 2004 schon über 100 Angestellte und HiWis der Albert-Ludwig-Universität. Sie brauchen unsere Solidarität, denn schlechtere Arbeitsbedingungen bedeuten auch eine schlechtere Ausbildung.

Was wir brauchen ist Geld für Schulen und Unis, um die Ausstattung zu verbessern. Statt Elite-Unis, Studiengebühren und längeren Arbeitszeiten für immer weniger Lehrer brauchen wir die Einführung der Vermögenssteuer und die Streichung teurer Rüstungsprojekte, um wenigstens die Grundversorgung im Bildungsbereich sicherzustellen. Allein von den Ausgaben der Regierung für Militärhubschrauber ließen sich 572 Berufsschulen und 715 Grundschulen bauen.

Eine breite Bewegung aller vom Sozialabbau betroffenen Menschen ist für uns die beste Möglichkeit, ein nicht nur an Wirtschaftsinteressen orientiertes Bildungssystem zu erkämpfen.

DIRK SPÖRI FÜR DEN AK SOZIALABBAU

links:

- Europäische StudentInnenvernetzung: <http://www.education-is-not-for-sale.info>
- GATS-Verhandlungsrunde im Bildungsbereich
<http://www.bayern.gew.de/gew/Landesverband/Material/gats/gutachten.htm>
- Schule der Globalisierung - zur Restrukturierung des deutschen Bildungswesens
<http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/bildung/klausen1.html>

was ist bildung?

die ergebnisse der arbeit des ak bildung

Während der Protesttage zu Beginn des Jahres zirkulierte ein Wort in vieler Munde, Inbegriff der Forderung nach einer besser organisierten Universität: „Wahre Bildung“.

Was aber damit bezeichnet sei, blieb unklar bis zur totalen Unkenntnis. Um dem abzuwehren hat sich ein kleiner Arbeitskreis formiert, der sich mit verschiedenen Artikulationen dieses Begriffs auseinandersetzt, wie sie in der Geschichte aufgetreten sind.

Was im folgenden dargelegt wird, sind vorläufige Resultate unserer Überlegungen, wie sie sich im Dialog mit den Texten ergeben haben. Sucht man eine Antwort auf die Frage: „Was ist Bildung?“ zu geben, stellt sich das Problem, dass die jeweiligen Artikulationen des Begriffs in verschiedenen geschichtlich-gesellschaftlichen Horizonten stehen und aus einem zeitlich bedingten Selbst- und Weltverständnis heraus gegeben wurden. Sie divergieren mit den Bedürfnissen und Nöten der jeweiligen Zeit. Zu fragen wäre, ob sich in aller Divergenz ein Selbiges erkennen lässt, sozusagen ein gemeinsamer Schnittpunkt der von unterschiedlichen historischen Orten ausgehenden Bemühungen, Bildung zu deuten. Hat man sich verständigt, was Bildung war, ist und sein soll, so kann man an diesem Leitfadenn vielleicht erörtern, in welche Richtung geplante Struktur-reformen gehen sollten.

Aber noch vorläufiger wäre zu fragen: Warum wollen wir an dem Begriff und dem, was er bezeichnet, wir aber doch nicht kennen, überhaupt festhalten? Warum klammern wir uns an ein nicht mehr verstandenes Konzept der Vergangenheit?

Zum einen, weil das Vergessen nicht gleichbedeutend ist mit dem Urteil über die Wahrheit oder Unwahrheit des einstmalig unter dem Titel Bildung Gedachten – zum anderen, weil wir den sich vollzie-

henden Wandel, der uns hochschulpolitisch erreicht, nur dann in seiner Tragweite angemessen verstehen können, wenn wir ihn im Spiegel der Geschichte unserer Gegenwart lesen – und nur dann können wir uns angemessen dazu verhalten.

„Bildung“ – das Wort bezeichnet eine eigentümliche Doppelung von Prozess und Zustand: sich bilden und gebildet sein. Zu verschiedenen Zeiten wurde der Akzent je verschieden auf einen der beiden Aspekte gesetzt. Wir sind wohl heute noch geprägt von der neohumanistischen, zugleich statischen Idee der „Allgemeinbildung“, wie sie im Wil-



w. v. humboldt: „wissenschaft wird aus der tiefe des geistes geschaffen“

helminischen Kaiserreich gefasst wurde. Bildung kann man erwerben, und zwar dadurch, dass man sich einen bestimmten Kanon verbindlicher Kulturgüter aneignet. Zwar wurde diese Bildung in der pluralistischen und individualisierten Gesellschaft schon mehrmals zu Grabe getragen, aber in Publikationen wie Schwantitz' „Alles was man wissen muss“ oder Reich-Ranickis Bücherkanon feiert sie von Zeit zu Zeit Renaissance; all das

freilich unter dem Titel der Bildung. Dieser verdinglichten Form, die man *haben* kann oder nicht, merkt man sogleich ihre sozial-distinktive Funktion an, Bildung als notwendiges Etikett im sozialen „struggle for existence“, Kapital für den, der mitreden will. Bildung ist dann Besitz, ein „Nebeneinander von nichts als Gedächtnis“, in dem „ein Lagerverwalter haust“ (Ernst Bloch), der gerne Ausstellungen veranstaltet. Aber diesem Nebeneinander des Gewussten fehlt in seiner Extension die Intensität, die Einheit des Ganzen, indem sich alle Teile aufeinander beziehen und in der Beziehung verständlich werden. Es ist ein totes Wissen, ohne die innere Bewegung des Verstehens. Diese Einheit aber des mannigfaltig Gewussten ist eine, die stets neu zu gewinnen ist und die in eins fällt mit der Bewegung, die Frage nach dem Sinn des Gewussten, seiner Bedeutung zu klären. Diese Frage nach Sinn und Bedeutung stellt und erhellt sich in dem Maße, wie das Wissen- und Verstehen-Wollen in lebendige Beziehung tritt zur eigenen Existenz und zum eigenen Lebensvollzug. Der Sinn von Bildung „kann nicht getrennt werden von der Einrichtung der menschlichen Dinge“, so sagt es Adorno.

Die Einheit des Wissens befindet sich im Werden, in dem sie sich je neu ergeben kann, wenn nach Verständnis gestrebt wird. In der Entäußerung an die Vielheit der Gegenstände, mit denen der Geist befasst ist, „kommt es nun darauf an, dass er in dieser Entfremdung nicht sich selbst verliere, sondern vielmehr von allem, was er außer sich vornimmt, immer das erhellende Licht und die wohlthätige Wärme in sein Inneres zurückstrahle.“ (W.v. Humboldt) Dieses Licht ist nichts anderes als die sich herstellende Einheit mit dem Gegenstand in seiner Erkenntnis, die Versammlung des Disparaten in einen Brennpunkt, von dem her erst Verständnis möglich ist. Diese Versammlung

fortsetzung auf nächster seite ...

fortsetzung „was ist bildung?“

ist stets neu zu gewinnen im Versuch, Wissen zu schaffen. Aber „sobald man aufhört, eigentlich Wissenschaft zu *suchen*, oder sich einbildet, sie brauche nicht aus der Tiefe des Geistes heraus geschaffen, sondern könne durch Sammeln extensiv aneinandergereiht werden, so ist alles unwiederbringlich und auf ewig verloren; verloren für die Wissenschaft, die, wenn dies lange fortgesetzt wird, dergestalt entflieht, dass sie selbst die Sprache wie eine leere Hülse zurücklässt [...].“ (W.v. Humboldt) Das Gewusste bleibt äußerlich, fremd und unverstanden, eben weil es unbefragt als Bekanntes hingenommen wird, seine Erkenntnis aber nicht *gesucht* wird. Bildung, so lässt sich daraus ablesen, ist nichts, was man *hat* wie ein Ding, ein Wissen, das man besitzt. Glaubt man sich in ihrem Besitz, ist es um Bildung getan. Sie ist vielmehr eine Haltung der Welt und dem angeeigneten Wissen gegenüber (beide lassen sich schwerlich unterscheiden), eine Haltung (gr.: ethos), die sich arm weiß und auf der Suche nach der Wahrheit ist. Sie ist, kurz gesagt, eine Weise zu sein, ein Innerliches ganz und gar, nichts, das im Modus des Habens verfügbar wäre. Vor diesem Verständnis erscheint die Forderung „Bildung für alle“ nicht nur vulgär, sondern verfehlt die Sache selbst. Sie ist nichts, was der Wohlfahrtsstaat von oben verteilt, was man einfordern könnte. Sie ist zunächst und vor allem eine Forderung an sich selbst.

Damit ist nicht gesagt, dass es überflüssig sei, sich kritisch mit geplanten Strukturereformen auseinanderzusetzen – im Gegenteil: Der gewonnene Begriff kann Maßstab der Kritik sein. Nur darf man eines nicht vergessen: Bildung lässt sich nicht institutionalisieren, sie findet sich nicht in so oder so beschaffenen Rahmenbedingungen. Wohl ermöglichen diese mehr oder minder einfach, das zu leben, was Bildung meint. Aber sie sind nicht mit ihr identisch.

JOHANNES LÖSCH FÜR DEN AK BILDUNG

die lhg-initiative mit unterschritten gegen das lhg

Stellungnahme zur geplanten Novelle des Landeshochschulgesetzes

Am 17. 2. 2004, pünktlich zum Beginn der Semesterferien, hat der Ministerrat in Stuttgart ein neues Landeshochschulgesetz auf den Weg gebracht (Pressemitteilung Nr. 21X/2004), das am 23. 3. 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (Pressemitteilung Nr. 35/2004).

Dieses Gesetz ist als Maßnahme zur „Stärkung der Autonomie baden-württembergischer Hochschulen“ etikettiert, doch in Wahrheit bedeutet es das Ende für die Selbstverwaltung der Hochschulen. Denn das zukünftige Machtzentrum - der Aufsichtsrat mit 9 oder 11 Mitgliedern - MUSS laut § 2.3 mehrheitlich mit externen Mitgliedern besetzt sein, der Vorsitzende dieses Gremiums darf nicht der Hochschule angehören, und außerdem „wirkt das Wissenschaftsministerium beratend im Aufsichtsrat mit“.

Da die externen Mitglieder aufgrund der Belastungen ihres Berufs nur wenig Zeit haben werden, sich in hochschulspezifische Probleme einzuarbeiten, werden sie im wesentlichen als Transmissionsriemen ministerialer Macht fungieren. Eine Beteiligung von Studierenden am neuen Gremium ist in der Novelle nicht vorgesehen.

Wir fordern:

Anerkennung der gesellschaftlichen Aufgabe der Hochschule! Eine Hochschule ist kein Wirtschaftsunternehmen, wird es niemals sein und soll es auch nicht sein. Die an der Hochschule produzierte Ware „Bildung“ hat einen ökonomischen Wert, darüber hinaus jedoch auch einen gesellschaftlichen, der sich nicht in Euro ausdrücken lässt.

Mehr echte Autonomie! Wir sind uns mit dem Ministerium darin einig, dass die deutschen Hochschulen nur dann international konkurrenzfähig bleiben, wenn sie eine größere Autonomie erhalten. Doch gerade deshalb müssen sie von der Bevormundung durch die Ministerialbürokratie befreit werden. Externe Kompetenz soll genutzt werden, die Mehrheit in den Gremien muss jedoch bei den Mitgliedern der Hochschule verbleiben.

Mehr Demokratie und Transparenz! Auch die Studierenden und die Beschäftigten unterhalb der Professorebene (Akademischer Mittelbau und Nichtwissenschaftlicher Dienst) müssen im Aufsichtsrat Mitsprache erhalten, und zwar durch gewählte Vertreter(innen).

Mehr zum geplanten Landeshochschulgesetz auf der Homepage des Ministeriums: http://www.mwk-bw.de/Aktuelles/presse meld_01.html

Wir sind eine gemeinsame Initiative von Studierenden und Dozierenden für eine Verbesserung des Landeshochschulgesetzes. (Quelle: www.lhg-initiative.de)

[Die LHG-Initiative wurde von Dozierenden und Studierenden des Fachbereichs Geschichte an der Uni Freiburg ins Leben gerufen. Auf der Seite www.lhg-initiative.de kann man online gegen das geplante Landeshochschulgesetz unterschreiben. Die Unterschriften werden Mitte Juni den Landtagsfraktionen und Minister Frankenberg übergeben.]

www.lhg-initiative.de

hallo zusammen

Alles neu macht der Mai. Ab sofort findet ihr an dieser Stelle des u-asta-info einen kleinen Überblick über allerlei kulturelle Aktivitäten an der Universität. Was aber ist Kultur: „Feine Lebensart, Erziehung und Bildung“? Oder: „Zucht von Bakterien und anderen Lebewesen auf Nährböden“? Wir lassen uns aber von diesen Duden-Definitionen nicht einschränken und sind offen für eure Ideen und stetig auf der Suche nach neuen Projekten, die durch Innovation und Kreativität beeindruckend sind. Wer also glaubt in irgendeiner Form Kultur zu betreiben, melde sich unter kultur@u-asta.de. Heute stellen wir euch das geplante Uni-Museum, einen Workshop des AK- Filmclubs und eine Arbeitsgruppe zur spanischen Gegenwart vor.

Euer Kultur- Referat

EUER KULTUR-REFERAT
[KULTUR@U-ASTA.DE]
WWW.U-ASTA.DE/KULTUR/

der matrix- workshop

Wer denkt von dem Matrix-Fieber verschont geblieben zu sein, der möge sich an den Boom von Sonnenbrillen und schwarzen Mänteln im Werbespot zurückerkennen. Dies zeigt, dass der Film hat Konsequenzen. Die äußern sich nicht nur in der Werbung oder der Populärliteratur, sondern auch in zahlreichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen.

Was ihr schon immer über Matrix wissen wolltet, hättet ihr am 15.5 im Workshop des aka-Filmclubs zum Thema „The Matrix Revisited“ erfragen können. Da haben sich neugierige Filmfreunde zu einer Diskussion versammelt. Anhand von vier Referaten, die unterschiedlichen Phänomenen auf der Spur gewesen sind, hat sich der Fragendschmelz über Realität und Fiktion gelichtet. Ob es nun um Zahlencodes, Farbsymbolik, Gestaltung des Raumes, oder den Vergleich mit Sophies Welt gegangen ist; überraschende Parallelen und unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten haben sich eröffnet.

tatort alte uni

Im Zeitalter der Identitätsfindung steht auch die Universität Freiburg vor der Aufgabe, ihr individuelles Profil zu schärfen. Der Titel einer „Eliteuniversität“ verlangt nach der Erschließung neuer Darstellungsmöglichkeiten. Die Einrichtung eines Universitätsmuseums soll hierzu seinen Beitrag leisten.

Auf Initiative des Rektors Wolfgang Jäger hat sich aus diesem Grund eine Kommission aus historisch interessierten Mitgliedern aller Fakultäten gebildet, die sich dieser Aufgabe gewidmet haben.

Zum Tatort der Baumaßnahmen wurde die Alte Uni auserkoren, weil dieses Gebäude selbst Ausdruck universitärer Vergangenheit ist. So sind beispielsweise Teile des Kellers noch auf spätmittelalterliche Bursen zurückzuführen. Hier lebt Geschichte und bildet so den idealen Standort für das Museum. Besonders an dem Freiburger Museumskonzept soll die

Einbeziehung der Lehre sein. Dem vorgesehen Seminarbetrieb wurde auch baulich und technisch Rechnung getragen. Das Museum ist ausgerüstet mit Sitzgelegenheiten und Möglichkeiten des Medieneinsatzes. Aufgebaut ist es wie folgt: Ein kurzer Überblick über die Entwicklung der modernen Universität aus den spätmittelalterlichen vier Fakultäten Theologie, Philosophie, Jura und Medizin bis zur Gegenwart steht am Beginn. Die einzelnen Fakultäten haben in Nischen Platz, um sich zu präsentieren. Neben der Institutionsgeschichte sollen auch soziale Dimensionen, wie studentisches Leben, berücksichtigt werden. Es wird auch ein Führungsmuseum und steht auch für städtische Führungen zur Verfügung. Auch Studierende sollen an der Konzeption von Führungen mitarbeiten. Es wird auch dieses Museum möglicherweise bald auf die eine oder andere Art in euren Seminaren begegnen.

Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch Geld- und Sachspenden, sowie Eigenmitteln der Universität.

So stellt sich heraus, dass Matrix viele Genres miteinander verbindet. Es mischen sich Inhalte des Science-Fiction Films, wie der Kampf des Menschen gegen den Roboter, mit Horrorelementen und auch Comic-Fans finden Parallelen zum Roboter-Animes. Zusätzlich gibt es zahlreiche Verweise auf Alice im Wunderland oder den Zauberer von Oz. Dadurch ergibt sich ein „Baukasten im Zeichen der Postmoderne“ (A. Sancho Rauschel).

Doch neben einer philosophisch-soziologisch-technischen Filmanalyse, hat sich einer der Vorträge auch der Fangemeinde angenommen. So wird deutlich, dass sich neben den üblichen Filmkonsumenten, der Action-Fan, der Philosoph und der „Believer“ gesellt. Während Ersterer hauptsächlich an den Spezialeffekten des Filmes interessiert ist, beschäftigt sich der philosophisch interessierte Zuschauer mit der allgemeinen Frage nach Schein oder Sein. Der Believer hingegen ist überzeugt, die Matrix sei real. Das Kultur-Referat enthält sich an dieser Stelle jeglicher Wertung und empfiehlt die Workshops des aka-Filmclubs beherzt weiter, denn man lernt nie aus.

und außerdem:

Wer sich über Paella, Sonne und Mallorca hinaus für Spanien interessiert, ist in der Spanien-AG richtig. Dieses Semester hat sich eine bunte Studierendengruppe zusammen gefunden, um sich mit Themen der spanischen Kultur, Geschichte, Politik und Gesellschaft zu beschäftigen. Kurze Vorträge über die spanische Geschichte bilden die Grundlage für Diskussionen, die sich hauptsächlich auf die spanische Gegenwart konzentrieren. Durch einen – auf dem Roman Miguel Delibes' basierenden Film – *Los Santos Inocentes* (Die Unschuldigen Narren), hat die Gruppe sich dem Themenkomplex der Franco-Ära bereits genährt. In den nächsten Wochen stehen unter anderem die Geschichte des 20. Jahrhunderts und der Übergang zur Demokratie in den 70er Jahren auf der Diskussionsliste. „Ich bin besonders auf die Beiträge unserer deutschen Kommilitonen gespannt, wenn es um Themen wie Nationalismus geht. In Spanien ist dieses Thema sehr emotional besetzt.“ (Andrés Antolín) Treffen: Di., 20Uhr, HS 1140

service / termine

Vorstand/Sekretariat/Referate/Kultur-Café sind c/o ASTA, Studierendenhaus Belfortstr. 24, 79085 Freiburg zu erreichen.

Weitere Informationen (z.B.: aktuelle Termine) gibt's unter www.u-asta.de

sekretariat / u-asta-service Erdgeschoss, Raum 7, Tel.: 203-2032, Fax: 203-2034

sekretariat: Hannah Brunsbach und Ingo Hohn;
info@u-asta.de

Wochentäglich 11.00 - 14.00 h

u-asta-service: Hannah Brunsbach und Ingo Hohn;
service@u-asta.de

Wochentäglich 11.00 - 14.00 h
ab 27.05.: Do 11.15 - 13.15 h

Hier kann mensch so einiges Erstellen (z.B.: Schwimmbadkarten, ISICs, Kopierkarten, Büromaterial...)

beratungen 1. Obergeschoss, Raum 11

Arbeitsrechtsberatung: DGB-Campus-Office

Mo 9.00 - 10.00 h

(Langzeit-)Studiengebühren-/Wohngeld-Beratung: Gunnar Baar und Beate Jörger;
soziales@u-asta.de

Mi 8.30 - 10.00 h

BAföG-/Wohngeld-Beratung: Nicole Bäbenroth, Katja Müller und Stephan Soluk;
bafoeg@u-asta.de

Mi 13.00 - 15.00 h

ASTA-Rechtsberatung:

Fr 14.00 - 16.00h; in der jeweiligen Woche im Sekretariat anmelden!

konferenzen (öffentlich) Erdgeschoss, Raum 10

u-asta-Konferenz (konf): vorstand@u-asta.de

Montags ab 12.15h. Hieran nehmen Vorstand und ReferentInnen teil.

Fachschaftskonferenz (FSK): fsk@u-asta.de

Dienstags ab 18.15h. Höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den Vollversammlungen. Hier entscheiden die Fachschaften über die Arbeit der Unabhängigen Studierendenschaft.

vorstand 1. Obergeschoss, Raum 10, Tel.: 203-2033, Fax: 203-2034

Vorstand: Lisa Dietsche; vorstand@u-asta.de

referate 1. Obergeschoss, Räume 8 und 9, Tel.: 203-2035, Fax: 203-2034

Antifa-Referat: antifa@u-asta.de

Finanz-Referat: Ingo Hohn; finanzen@u-asta.de

Frauen-Referat: Christa Klein; frauenreferat@u-asta.de

FSK-Referat: Johannes Waldschütz; fsk@u-asta.de

HochschulPolitik-Referat: Katja Müller; hopo@u-asta.de

Internationales Referat: Jos Stübner und Philipp Schnee; internat@u-asta.de

Kultur-Referat: Barbara Engelhardt; kultur@u-asta.de

multi-kulti – das interkulturelle Referat: N.N.; multi-kulti@u-asta.de

Presse-Referat (u-asta-info): Jonathan Dinkel; presse@u-asta.de

Schwule/Lesben/Bisexuellen-Referat: Katharina Mangold; schwulesbi@u-asta.de

Referat Politische Bildung: Dominik Mahdavi Azar; politische-bildung@u-asta.de

Sozial-Referat: Gunnar Baar; soziales@u-asta.de

Studieren ohne Hürden (SOH)-Referat: Sebastian Böhmer; soh@u-asta.de

Umwelt-Referat: Janosch Goldschmidt; umwelt@u-asta.de

kultur-café Erdgeschoss, Raum 10, Tel.: 203-3840, Fax: 203-2034

2./4. Mi im Monat ab 19.00 h „schwulesbisches u-asta-café“; schwulesbi@u-asta.de

impressum

u-asta-info # 717, 30. Jg,
27.05.2004

12 seiten, auflage: 1.200 stück

druck: druckwerkstatt im grün

redaktion und layout: jonathan dinkel, michael eggert, frithjof nungesser, hermann j. schmeh, johannes waldschütz, harry wohlfeil

post an die redaktion: u-asta-info, c/o asta, belfortstr. 24, 79085 freiburg; fon (0761) 203-2032, 2033, 2035; fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de, www.u-asta.de/referate/presse.html

redaktionssitzung: jeden donnerstag, 13.00 h, asta.
layout: sonntag vor erscheinen des heftes, 15.00 h, asta.

v.i.s.d.p.: jonathan dinkel, c/o asta, belfortstr. 24, 79085 freiburg, (presse@u-asta.de)

v.i.s.d.p. für 'we are u': lisa dietsche lyssenlo, c/o asta (vorstand@u-asta.de)

v.i.s.d.p. für '[kultur]': barbara engelhardt, c/o asta (kultur@u-asta.de)

das u-asta-info ist das offizielle organ des unabhängigen allgemeinen studierenden-ausschusses (u-asta) der uni freiburg. namentlich gekennzeichnete beiträge geben nicht unbedingt die meinung der redaktion / des u-asta wieder. für unaufgeforderte artikel etc. wird keine gewähr übernommen. die redaktion behält sich vor, manuskripte später oder gekürzt zu veröffentlichen.

das u-asta-info erscheint im semester 14-tägig donnerstags, mit extra-ausgaben zu semesterbeginn und zu den uniwahlen. das pressestatut kann unter www.u-asta.de/referate/presse/pressestatut.html eingesehen werden.